

Brandenburg ist klimapolitisch gut aufgestellt!

Interview mit der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Anita Tack

WeltTrends: Frau Ministerin, wie engagiert sich Brandenburg im Bund für neue Initiativen Deutschlands?

Tack: Die Einflussnahme erfolgt zunächst über nationale Wege. Zum einen habe ich im Rahmen der Umweltministerkonferenz stets darauf gedrängt, dass der Bund ein Energiekonzept vorlegt, das auch den Namen verdient. Darüber hinaus hat Brandenburg viele Bundesrats-Initiativen gestartet oder unterstützt, beispielsweise für den Netzausbau, gegen die Absenkung der Vergütungssätze für Solarstrom oder auch die Frage der Off-Shore-Windkraftanlagen betreffend. Bei diesen Initiativen haben wir stets versucht, andere Bundesländer (z. B. Berlin, NRW) mit „ins Boot“ zu holen, um die Erfolgchancen zu erhöhen. Mit Berlin gab es bisher einen ständigen Meinungsaustausch zu diesen Fragen, denn wir – d. h. meine Kollegin Lompscher und ich – haben Berlin und Brandenburg als eine Klimaschutz- und Energieregion betrachtet.

Brandenburgs Beitrag

WeltTrends: Was trägt Brandenburg zur Erreichung der internationalen Klimaziele selbst bei?

Tack: Brandenburg stellt sich der klimapolitischen Herausforderung. Und dies mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen. Zentral ist dabei die „Energiestrategie 2020“. Die rot-rote Regierung strebt eine Minderung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 an. Dieses Ziel soll vor allem durch eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 20 Prozent, als auch durch die Absenkung des Endenergieverbrauchs um 13 Prozent gegenüber 2004 erreicht werden.

WeltTrends: Wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien in Brandenburg heute?

Tack: Aktuell deckt Brandenburg rund 16 Prozent seines Primärenergiebedarfs aus erneuerbaren Quellen. Beim verbrauchten Strom liegt dieser Anteil sogar schon bei über 60 Prozent.

Neue Energiestrategie

WeltTrends: Die Energiestrategie ist aus dem Jahre 2008 und noch von der Vorgängerregierung aus SPD und CDU verabschiedet worden. Gilt sie nun auch für die jetzige Regierung?

Tack: Die Energiestrategie wurde fortgeschrieben und der Entwurf der Energiestrategie 2030 liegt den Vereinen, Verbänden und Kammern zur öffentlichen Stellungnahme vor. Am 8. Februar fand eine öffentliche Anhörung im Landtag statt. Mit der Energiestrategie 2030 tragen wir den aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene zur Energiewende Rechnung. Die dort genannten CO₂-Ziele sind ambitioniert: Reduktion der absoluten CO₂-Emissionen um 72 Prozent (auf 25 Mio. t) gegenüber 1990. Darüber hinaus wollen wir eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf mindestens 35 Prozent (150 Petajoule) bis zum Jahre 2030. Auch die Ausweisung von 2 Prozent der Landesfläche (585 Quadratkilometer) bis 2030 für erneuerbare Energien sind respektable und vorzeigbare Zielstellungen.

Zugleich wird bei der Fortschreibung das bisherige energiepolitische Dreieck – Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Umwelt- und Klimaverträglichkeit – um die Komponente Akzeptanz und Beteiligung erweitert.

WeltTrends: Was heißt das konkret?

Tack: Bei der Fortschreibung der Energiestrategie wird großer Wert auf die Einbeziehung der Regionen gelegt. Dazu wurde das REN-Programm¹ verändert, um die Förderung regionaler Energiekonzepte zu ermöglichen. Durch ein Bündel von Maßnahmen – insbesondere durch die Umsetzung von Leitprojekten, z. B. Aufbau einer Solarbörse, Entwicklung eines Biomasseportals, KWK-Initiativen, Verbesserung von Beratungsangeboten und natürlich der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand – sollen möglichst alle CO₂-Einsparpotentiale erschlossen werden.

Die öffentliche Diskussion ist leider oft von Fehlinformationen geprägt. Hier sind Informationskampagnen zur Steigerung der öffentlichen Akzeptanz erforderlich, denn Kommunikation und Information sind Voraussetzung für wachsendes Verständnis und Akzeptanz. Darüber hinaus ist es aber auch erforderlich, dass nicht nur die Lasten, sondern auch der

¹ Richtlinie zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien, von Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Versorgungssicherheit im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie des Landes Brandenburg (RENplus).

Nutzen von erneuerbaren Energien vor Ort erkennbar ist. Damit meine ich vor allem die Möglichkeit für betroffene Bürgerinnen und Bürger, sich über Beteiligungsmodelle engagieren zu können. Es geht uns darum, die Akzeptanz für erneuerbare Energien vor Ort deutlich zu steigern.

WeltTrends: Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für eine nachhaltige Gesellschaft in Brandenburg?

Tack: Die Landesregierung hat im Februar 2011 Eckpunkte für die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Dabei ist sie der Empfehlung des unabhängigen Beirates für nachhaltige Entwicklung gefolgt. Zentral sind folgende fünf Handlungsfelder beschrieben: Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion, Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer, Energie und Klimawandel, Zukunftsfähige Finanzpolitik und eine nachhaltige Bildungslandschaft.

Entscheidend für die Themenauswahl sind drei Kriterien: ein starker Bezug zu globalen und langfristigen Handlungserfordernissen, die Chancen des Landes und die Notwendigkeit integriert bzw. ressortübergreifend zu handeln.

WeltTrends: Wie meinen Sie das konkret? Bitte ein Beispiel?

Tack: Gerne. So ist zum Beispiel der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien, der ja die Grundlage für eine nachhaltige klimaschonende Energieversorgung darstellt, auch im Land Brandenburg mit erheblichen Problemen verbunden. Wie jede neue technische Infrastruktur hinterlassen diese Anlagen sichtbare Spuren. Dadurch kommt es nicht selten zu Vorbehalten bei den Anwohnern oder zu Interessensüberschneidungen mit den Zielen des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes.

Und so stößt das Land beim weiteren Ausbau erneuerbarer Energien vielfach an Grenzen. Brandenburg ist zwar ein Flächenland, aber mit zu wenigen verfügbaren Flächen für die erneuerbaren Energien.

Dazu möchte ich betonen, dass die Änderung der Industriegesellschaft – und dies erfordert die Energiewende – ohne Veränderung

Anita Tack

1951 in Dresden geboren, ist Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. Sie lebt in Potsdam und hat zwei Kinder. Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar. Seit Oktober 1994 Mitglied des Brandenburger Landtages für die Fraktion DIE LINKE. Von 1994 bis 1999 Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr im Landtag von Brandenburg.



der Landschaft nicht machbar ist. Das ist der Preis, den wir für den Fortschritt bezahlen müssen. Man kann eben nicht aus der Atomenergie aussteigen, die Kohleverstromung verdammen, den Wohlstand erhalten wollen und gleichzeitig fordern, dass die Landschaft sich nicht verändert. Hier ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs erforderlich. Den Umbau unseres Energieversorgungssystems müssen wir gemeinsam kommunizieren, wirtschaftlich vorteilhaft umsetzen und sozial verträglich gestalten.

WeltTrends: Apropos Kohleverstromung: Wie passt zum Aufbau einer ökologischen Gesellschaft die umfassende Subventionierung der Braunkohle in Brandenburg?

Tack: Braunkohleförderung wird nicht subventioniert.

WeltTrends: Die Debatte um die CCS-Technik ist politisch außerordentlich brisant, für die Landesregierung, aber auch für Ihre Partei DIE LINKE. Wird Brandenburg – möglicherweise als einziges Bundesland – an der Erprobung dieser Technik festhalten?

Tack: Einen Alleingang Brandenburgs bei der Erprobung der CCS-Technologie wird es nicht geben, das hat die Landesregierung deutlich gesagt.

Atomenergie bei den Nachbarn

WeltTrends: Brandenburg verfolgt eine Strategie des langfristigen Aufbaus ökologischer Energieerzeugung. Gleichzeitig setzen die Nachbarländer Polen und Tschechien eher auf einen Energiemix aus Kohle und Atomstrom. Erneuerbare Energien werden kaum gefördert. Wie sehen Sie das?

Tack: Zunächst einmal bleibt festzuhalten, dass jeder Staat, also auch Polen, über seinen Energiemix souverän entscheidet. Allerdings haben die Ereignisse in Tschernobyl sowie Fukushima gezeigt, dass die Auswirkungen bei nuklearen Unfällen weit über die Landesgrenzen hinausgehen. Dies gilt umso mehr in der dicht besiedelten Mitte Europas. Ich gehe davon aus, dass die Notwendigkeit eines verstärkten Klimaschutzes einerseits sowie die Lehren aus Fukushima andererseits dazu beitragen werden, in beiden Ländern noch einmal gründlich über den zukünftigen Energiemix zu diskutieren und Veränderungen im Sinne

einer nachhaltigen umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung herbeigeführt werden.

WeltTrends: Gibt es dazu Gespräche mit den Partnern in Polen?

Tack: Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden deutsch-polnischen Umweltgespräche haben im April 2011 sowohl der Bundesminister Dr. Norbert Röttgen als auch ich der polnischen Seite gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht, was die Bundesrepublik und das Land Brandenburg von den Ausbauplänen Polens bei der Nutzung der Kernenergie halten. Darüber hinaus haben wir den polnischen Behörden die volle Unterstützung beim Auf- und Ausbau der erneuerbaren Energien zugesagt.

Wachstumspotenzial durch Umwelttechnik

WeltTrends: Im August 2011 veröffentlichte das Umweltministerium Brandenburgs zusammen mit der Steinbeis-Hochschule Berlin eine Studie: „Stand und Perspektiven der Umweltwirtschaft in Brandenburg“². Wie ist aus Ihrer Sicht die Wirtschaft Brandenburgs im Sektor Ökologie aufgestellt?

Tack: Die Wirtschaft Brandenburgs ist hier bereits gut aufgestellt. Mit einem Anteil von über 8 Prozent an der gesamten Wertschöpfung tragen Umwelttechnologien zur wirtschaftlichen Leistungskraft des Landes bei. Im internationalen Vergleich ein sehr hohen Anteil. Schwerpunkte sind die erneuerbaren Energien, die Kreislaufwirtschaft und die nachhaltige Wasserwirtschaft. 600 Unternehmen erwirtschafteten 2009 in diesem Sektor einen Jahresumsatz von ca. 4,5 Mrd. Euro. Damit konnten sie fast 22.000 Beschäftigten eine dauerhafte Perspektive in Brandenburg geben. Die Entwicklung dieses Sektors ist auch deshalb wichtig, da ihm ein Wachstumspotenzial zugeschrieben wird, das deutlich über dem anderer Branchen liegt.

WeltTrends: Gibt es auch Wachstumspotenziale?

Tack: Brandenburg kann sich noch steigern, wie der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt. Insbesondere im Bereich der Effizienztechnologien und der nachhaltigen Mobilität sind wir nur unterdurchschnittlich vertreten.

2 <http://www.mugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.2315.de/uwirtschaftbb.pdf>.

Weltklimagipfel in Durban

WeltTrends: Frau Ministerin, Sie nahmen als Vertreterin der Umweltministerkonferenz der Bundesländer an der Konferenz von Durban teil. War es nur, wie einige Kritiker behaupten, ein „Klimazirkus“ oder haben Sie den Eindruck, dass damit ein weiterer Schritt in eine globale Klimapolitik gegangen wurde?

Tack: Den Begriff des „Klimazirkus“ lehne ich zunächst ab, der wird der Sache wahrlich nicht gerecht. Ziel der bisherigen Klimakonferenzen war es, ein weltweites Abkommen zur Begrenzung und letztlich zur Reduzierung der CO₂-Emissionen durchzusetzen. Das können wir nur im



Brandenburgs Umweltministerin
Anita Tack beim Projektbesuch

Konsens mit allen Ländern der Welt. Ohne diese Bemühungen werden wir die Erwärmung des Klimas nicht auf 2° begrenzen können. Oberhalb dieser Marke aber ist eine Anpassung an die globalen Veränderungen – wenn überhaupt – nur unter enormen ökonomischen Anstrengungen möglich.

Im Rahmen eines weltweiten Klimaabkommens müssen sich alle Länder beteiligen. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, dass uns auch im Klimaschutz nationale Egoismen begegnen. Insbesondere die Widersprüche zwischen den sieben wichtigsten Emittenten USA, EU, China, Indien, Japan, Russland und Brasilien sind enorm. Um hier eine gemeinsame, von allen getragene Position zu schaffen, geht es ohne solche Konferenzen unter dem Dach der Vereinten Nationen nicht.

WeltTrends: Wie bewerten Sie die Ergebnisse des Klimagipfels in Durban?

Tack: Ich hätte mir auch mehr gewünscht und kann die Enttäuschung der Umweltverbände verstehen. Aber Durban zeigt eine Perspektive für die Zeit nach 2012 auf. Bis 2015 soll ein Klimaabkommen erarbeitet werden, welches dann für alle Länder 2020 rechtsverbindlich in Kraft treten könnte. Ebenfalls soll ab 2013 ein „Grüner Klimafonds“ seine Arbeit aufnehmen. Dieser unterstützt die Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel sowie bei der Anpassung an Klimafolgen. Die Industrieländer hatten sich verpflichtet, jährlich 100 Milliarden Dollar in diesem Fonds

bereitzustellen. Ich unterstütze dabei nachdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, die Verwaltung des Fonds in Deutschland anzusiedeln.

WeltTrends: In unsrer Region, in Berlin-Brandenburg?

Tack: Ein konkreter Standort ist zurzeit nicht klar. Die Bundesregierung favorisiert aber Bonn.

WeltTrends: Wie bewerten Sie die Rolle der Europäischen Union bei der Konferenz in Durban?

Tack: Ein wichtiger Erfolg war, dass die EU einheitlich aufgetreten ist. Alle Mitgliedsstaaten haben die gemeinsamen Positionen bis zuletzt unterstützt. Eine überzeugende Leistung, ohne die das neue Bündnis mit den am wenigsten entwickelten Ländern nicht möglich gewesen wäre. Ziel muss jetzt sein, dass die EU die Senkung der Emissionsziele dauerhaft und nachhaltig verfolgt. Entsprechend haben sich die VertreterInnen der Umweltministerkonferenz dafür eingesetzt, das europäische Minderungsziel für Treibhausgase bis 2020 von minus 20 auf minus 30 Prozent anzuheben und die entscheidende Rolle der erneuerbaren Energien und der Energie- und Ressourceneffizienz bei der Erreichung der Klimaziele zu betonen.

Rolle Deutschlands in Durban

WeltTrends: Welche Rolle spielte Deutschland in den Klimaverhandlungen?

Tack: Die deutsche Delegation brachte sich an vielen Stellen in das Programm von Durban ein. Schwerpunkte meiner Aktivitäten waren neben der Teilnahme am High-Level-Segment vor allem Veranstaltungen, die sich mit dem Klimawandel und seinen Folgen für die Entwicklungsländer, Biodiversität und Gesundheit auseinandersetzten. Sehr wichtig waren darüber hinaus die täglichen Veranstaltungen im deutschen Pavillon sowie die stark besuchte Sonderveranstaltung zum Thema „Energiewende in Deutschland“.

WeltTrends: Gab in diesem Rahmen konkrete Projekte oder Vereinbarungen?

Tack: Ja, natürlich. So wurde u. a. die Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Europa auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien

vertieft, an der sich Deutschland mit beteiligt. Diese Südafrikanische erneuerbare Energie Initiative (SARI) soll die Verbreitung der entsprechenden Technologien in Südafrika beschleunigen und so die Treibhausgasemissionen verringern. Ein entsprechendes Rahmenabkommen wurde gemeinsam von den Vertretern Dänemarks, Großbritanniens, Norwegens, der Schweiz und der Europäischen Investitionsbank am Rande der Konferenz unterzeichnet.

WeltTrends: Welche Resonanz gibt es auf die jüngste deutsche Energie- wende, speziell in Europa?

Tack: Leider herrscht hier die Skepsis vor. Das Ziel einer CO₂-freien Gesellschaft wird – insbesondere bei unseren europäischen Partnern – durchaus unterstützt. Aber der angekündigte Ausstieg aus der Atomenergie oder der CO₂-Verpressung (CCS-Technologie) trifft weitgehend auf Unverständnis.

WeltTrends: Am Klimagipfel nahmen ca. 1.500 NGOs und andere Organisationen teil. Sie haben mit diesen auch Gespräche geführt, mit welchem Ziel?

Tack: Ich habe an zwei Gesprächsrunden der deutschen Delegation mit Vertretern zahlreicher NGOs teilgenommen. Die bekanntesten Organisationen waren Germanwatch, der Evangelischen Entwicklungsdienst, Oxfam, WWF, NABU, BUND, Brot für die Welt und Greenpeace. Darüber hinaus führte ich Gespräche mit dem NABU. Dabei ging es natürlich in erster Linie um den aktuellen Stand der Verhandlungen, um Strategien für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit angesichts des Klimawandels sowie über Forderungen und Erwartungen der NGOs an die deutsche Delegation, wie es mit dem Kyoto-Prozess weitergehen soll. Man drängte, keinen „faulen Kompromissen“ zuzustimmen.

WeltTrends: Konnten Sie sich in Südafrika mit konkreten Projekten vertraut machen?

Tack: Es war leider nur wenig Zeit für Projekte außerhalb der Konferenz. Trotzdem konnte ich zwei sehr interessante Projekte auf kommunaler Basis besichtigen.

Einmal in Durban selbst das „Landfill Gas to Electricity“-Projekt, bei dem Methangas von Mülldeponien in Strom umgewandelt wird. Diese Form der Stromerzeugung ist jedoch derzeit nicht

wettbewerbsfähig. Entsprechend erfolgt eine Unterstützung aus dem sogenannten Clean Development Mechanism. Dabei können Unternehmen, im Rahmen des Kyoto-Protokolls ökologische Projekte unterstützen und bekommen dafür CO₂-Zertifikate angerechnet. Diese müssen sie also nicht mehr käuflich erwerben. Solche Deponiegasanlagen, einschließlich der Investitionen, sind grundsätzlich auch in Brandenburg möglich, wenn auch bei uns aufgrund der klimatischen Verhältnisse die Methangasbildung länger dauert.

Das zweite Projekt war der sogenannte Durban Green Corridor. Dieses Programm zielt auf die Schaffung und Erhaltung einer gesunden Umwelt des U'Ngeni-Flusses. Dabei soll der Aufbau einer nachhaltigen Wasser- und Abfallwirtschaft die Verschmutzung des Fluss-Systems mindern und seine biologische Vielfalt erhalten. Gleichzeitig hilft die Renaturierung von Feuchtgebieten die regionalen Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Daneben wird eine wirtschaftliche Entwicklung mit den Schwerpunkten Erholung, Natur- und Öko-Tourismus sowie Gesundheitsrehabilitation gefördert. Der deutsche Verein „Partnerschaft Bremen Durban e. V.“ engagiert sich hier vor Ort und unterstützt einen vielfältigen Erfahrungsaustausch zwischen Deutschland und Südafrika. Solche Partnerschaften sind grundsätzlich auch zwischen Brandenburg und einer Region in Südafrika möglich und ich würde mich freuen, wenn es mehr davon gäbe.



Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack als Zuhörerin bei der Rede von Bundesumweltminister Röttgen

Brandenburg nach Durban

WeltTrends: Wenn Sie die Konferenz in Südafrika rückblickend betrachten und dazu die Entwicklung in Brandenburg in Beziehung setzen. Wie ist die Position Brandenburgs in der Klimapolitik heute? Wo stehen wir in der internationalen Klimapolitik?

Tack: Das Land Brandenburg gehört zu den weltweit führenden Regionen auf den Gebieten Klimaschutz und Klimawandel. Fachdiskussionen auf internationaler Ebene im Rahmen der Konferenz tragen zu einer genaueren Positionsbestimmung für das Land Brandenburg bei. Der internationale Austausch von Sachargumenten führt zu neuen Erkenntnissen und bereichert die politische Diskussion im eigenen Land, beispielsweise in der interministeriellen Arbeitsgruppe „Anpassung an die Folgen des Klimawandels“, die unser Ministerium leitet. Erkenntnisse aus Durban werden natürlich auch in die Diskussion zur Fortschreibung der Energiestrategie 2030 einfließen.

WeltTrends: Frau Ministerin, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führten Dr. Raimund Krämer und Kai Kleinwächter.

